

II-12.300 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5966 13

1934 -01- 21

ANFRAGE

der Abgeordneten Ing. Kurt Mathis und Kollegen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend Benachteiligung privater Transportunternehmer gegenüber Post und
ÖBB

Laut Verordnung der Gemeinde Wien dürfen in den gebührenpflichtigen, verkehrsberuhigten Zonen der Stadt nur die ÖBB und Post Waren zustellen, ohne dafür Parkgebühren entrichten zu müssen. Zustelldienste privater Spediteure und Frächter sind hingegen gebührenpflichtig. Aus der Sicht der privaten Transportunternehmer ist es unverständlich, warum es der besagten Verordnung zufolge ausschließlich der ÖBB und Post gestattet ist, kostenlos Ladetätigkeiten vorzunehmen, zumal gerade in den letzten Monaten immer wieder eine verstärkte privatwirtschaftliche Ausrichtung von ÖBB und Post betont wurde.

Nach Ansicht der Transportwirtschaft stellt diese Regelung einen eklatanten Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz dar. Diese Bestimmung ist eine sachlich nicht gerechtfertigte Benachteiligung privater Transportunternehmer.

In diesem Zusammenhang sollte auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen der Stadt Graz verwiesen werden. Private Transportunternehmer werden dort gegenüber Post und ÖBB nicht diskriminiert. In den verkehrsberuhigten Zonen der Stadt Graz ist das gebührenfreie Be- und Entladen für alle Transporte gestattet. Für die in Wien geltenden Bestimmungen fehlt im Gegensatz dazu jede sachliche Rechtfertigung.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

Anfrage

- 1) Ist dem Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr die besagte Verordnung der Gemeinde Wien bekannt?

- 2) Wenn ja, mit welcher Begründung werden private Transportunternehmer gegenüber Post und ÖBB benachteiligt?
- 3) Sind diese Benachteiligungen Ihrer Ansicht nach sachlich gerechtfertigt?
- 4) Wenn ja, warum?
- 5) Wenn nein, welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um der Benachteiligung privater Transportunternehmer ein Ende zu bereiten?